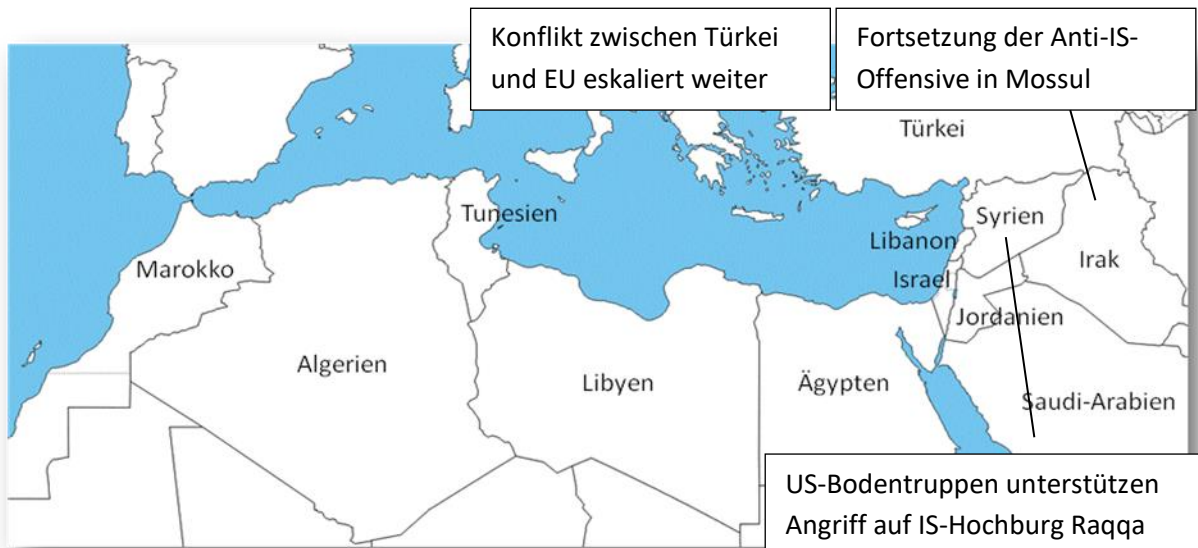


Wochenbericht von 8. bis 14. März 2017

Stand: 14. März 2017

**Übersicht**

Der politische Konflikt zwischen der Türkei und mehreren europäischen Staaten ist im Lauf der letzten Woche weiter eskaliert. Anlass waren erneut geplante Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Europa, die in Deutschland und den Niederlanden untersagt wurden. Zuletzt kam es zu schweren Zerwürfnissen mit den Niederlanden, die dänische Regierung hat einen geplanten Besuch des türkischen Ministerpräsidenten vertagt. Die Eskalation dürfte es Präsident Erdogan zwar erleichtern, die türkische Bevölkerung für das Verfassungsreferendum am 16. April zu mobilisieren, der Schaden für die türkische Volkswirtschaft ist aber bereits jetzt enorm. Neben dem Tourismus sind die Auslandsinvestitionen deutlich zurückgegangen, zumal die türkische Wirtschaft ohnehin seit letztem Jahr in einer schweren Krise steckt.

Für EU-Bürger, die auch über einen türkischen Pass verfügen, besteht aufgrund des jüngsten Konflikts ein erhöhtes Verhaftungsrisiko bei Reisen in die Türkei. Bisher waren neben Journalisten auch solche Personen betroffen, denen Kritik an der türkischen Regierung, eine Beteiligung am Putsch im Juli 2016 oder Verbindungen zu Organisationen des Predigers Fethullah Gülen vorgeworfen wurden.

In Syrien und im Irak zieht sich unterdessen die Schlinge um die verbliebenen Hochburgen des IS immer enger. Mosul befindet sich bereits zu zwei Dritteln in der Hand der irakischen Regierungskräfte, in Syrien unterstützen die USA den Angriff auf die letzten IS-Kräfte in Raqqa inzwischen mit Bodentruppen.

In der Ostukraine halten die Scharmützel weiter an, die OSZE meldete zuletzt eine deutliche Zunahme der Vorfälle.

Türkei, EU

Der Konflikt zwischen der Türkei und Europa ist in der letzten Woche deutlich eskaliert. Hintergrund der jüngsten Ausfälle ist der Wahlkampf für das türkische Verfassungsreferendum, das am 16. April den Weg die Umwandlung in eine Präsidialrepublik frei machen soll. Im Februar standen vor allem Deutschland und Österreich im Zentrum der türkischen Aktivitäten, mehrere Veranstaltungen in Deutschland wurden von den Behörden bzw. den betroffenen Gemeinden untersagt. Letzte Woche eskalierte auch der Konflikt mit den Niederlanden:

Am Samstag drohte der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu mit Sanktionen, falls er an einem Wahlkampfauftritt am türkischen Konsulat in Rotterdam gehindert würde. Kurz darauf verweigern die Niederlande wegen der Aussagen dem Flugzeug von Cavusoglu die Landeerlaubnis in Rotterdam, Präsident Erdogan droht daraufhin mit Gegenmaßnahmen.

Am Samstagabend versucht die türkische Familienministerin Fatma Betül Sayan Kaya, mit dem Auto aus Deutschland nach Rotterdam zu fahren, wird jedoch dort von der Polizei aufgehalten. Noch am selben Abend randalieren ca. 1.000 Türken vor dem türkischen Generalkonsulat in Rotterdam, die Polizei setzt Wasserwerfer ein. Die türkische Polizei riegelt unterdessen die diplomatischen Vertretungen der Niederlande in der Türkei sowie die Residenz des Botschafters ab, in Istanbul kommt es zu Demonstrationen gegen die Niederlande. In der Nacht schieben die Niederlande die türkische Familienministerin nach Deutschland ab, die Türkei droht mit „schwersten“ Gegenmaßnahmen. Gestern gab das Außenministerium in Den Haag schließlich eine verschärfte Reisewarnung für die Türkei heraus, die Türkei hat den Luftraum für niederländische Diplomaten gesperrt.

Ein Lokal in Stockholm sagte am Sonntag den geplanten Auftritt eines türkischen AKP-Politikers aus Sicherheitsgründen ab. Die dänische Regierung ließ unterdessen einen für 19. und 20. März geplanten Besuch des türkischen Ministerpräsidenten in Kopenhagen verschieben. Der Europarat rief beide Seiten zur Mäßigung auf, der deutsche Bundesinnenminister sprach sich am Wochenende insgesamt gegen Wahlkampfauftritte ausländischer Politiker in Deutschland aus.

Die EU hat inzwischen angekündigt, ihre bilateralen Unterstützungszahlungen an die Türkei zu kürzen. Dies ist für die Türkei ein weiterer Dämpfer nachdem die wirtschaftlichen Probleme des Landes seit 2016 deutlich zugenommen haben. Letztes Jahr brachen die Buchungszahlen ausländischer Touristen um bis zu 40% ein, dabei waren neben der Terrorgefahr auch der Putsch im Juli sowie die feindselige Haltung gegenüber Europa ausschlaggebend. Die Tourismusindustrie beschäftigt in der Türkei drei Millionen Menschen und erwirtschaftet ca. 13% der Wirtschaftsleistung, ist also ein wesentliches Standbein der türkischen Wirtschaft. In den letzten Monaten hat die türkische Lira stark an Wert verloren und den latenten Kapitalmangel weiter verstärkt. Laut deutschen Medien sollen türkische Regierungsvertreter im Februar dieses Jahres deshalb den deutschen Finanzminister vertraulich um Finanzhilfen ersucht haben, ungeachtet der jüngsten Verbalinjurien in Richtung Berlin. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) warnte zuletzt davor, dass neue Investitionen deutscher Unternehmen in der Türkei trotz der Bemühungen türkischer Unternehmen zunehmend ausblieben.

In der Türkei selbst scheint das Kalkül von Präsident Erdogan indes aufzugehen: Die jüngste Eskalation macht eine mehrheitliche Zustimmung zur Verfassungsreform immer wahrscheinlicher, da die Regierung neben den islamistischen AKP-Wählern auch die Nationalisten mobilisieren kann.

Beurteilung:

Die jüngst aufgebrochenen Konflikte könnten durchaus im Interesse von Präsident Erdogan sein, der damit die nationalisische Aufwallung in der türkischen Öffentlichkeit für das Referendum im April nutzen kann. Der wahrscheinliche Erfolg wird allerdings teuer erkaufte: Nicht nur für die türkische Wirtschaft kommt der Konflikt höchst ungelegen, die Türkei wird damit für Europa auch zu einem zunehmend unberechenbaren Partner. Die häufig spontanen außenpolitischen Rochaden von Präsident Erdogan haben bereits in den letzten Jahren einige strategische Ziele der türkischen Außenpolitik durchkreuzt und dürften auch diesmal langfristig negative Folgen haben. Der unmittelbare Gewinner der aktuellen Zerwürfnisse ist Russland, das für die Türkei inzwischen zu einem der wichtigsten Partner geworden ist. Man kann allerdings davon ausgehen, dass auch Moskau einen jederzeitigen, neuerlichen Kurswechsel der türkischen Außenpolitik nicht ausschließt und sich entsprechend absichert.

Trotz der Bemühungen türkischer Unternehmen und staatlicher Stellen wirken sich die politischen Unsicherheiten und Feindseligkeiten immer deutlicher auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit aus. Die bisher verfügbaren Daten lassen erkennen, dass vor allem der Tourismus sowie die Investitionstätigkeit europäischer Unternehmen in der Türkei gelitten haben, die für die türkische Wirtschaft gleichermaßen wichtige Faktoren darstellen.

Die politischen Zerwürfnisse führen auch zu unmittelbaren Reiserisiken. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 sind mehrere europäische Staatsbürger in der Türkei wegen angeblicher Verbindungen zu Organisationen des Predigers Fethullah Gülen festgenommen worden. Die bisher Betroffenen waren Doppelstaatsbürger, die von den türkischen Behörden als türkische Staatsbürger betrachtet werden. In den letzten Monaten haben sich auch konkrete Hinweise darauf erhärtet, dass die türkischen Behörden in Europa ein Spitzelnetzwerk aufgezogen haben um die türkischen Gemeinden zu überwachen und Regierungskritiker sowie Gülen-Anhänger zu beobachten. Fethullah Gülen, der seit mehreren Jahren in den USA lebt, wird von Präsident Erdogan als einer der Drahtzieher des Putschversuches betrachtet und in der Türkei polizeilich gesucht.

Vor dem Verfassungsreferendum am 16. April ist mit keiner nachhaltigen Deeskalation in den bilateralen Beziehungen zu rechnen. Neben den wirtschaftlichen Beziehungen dürfte sich das Zerwürfnis zwischen der Türkei und Europa auch auf die Integration der türkischstämmigen Zuwanderer in Europa negativ auswirken. Für europäische Bürger, die auch einen türkischen Pass haben, besteht außerdem ein unmittelbares Risiko bei Reisen in die Türkei. Regierungskritische Äußerungen, angebliche Verbindungen zur Gülen-Bewegung oder zu den Putschisten vom vergangenen Juli können von den türkischen Behörden als Grund für eine vorläufige Festnahme betrachtet werden.

Irak, Syrien

In **Syrien** schließt sich der Ring um die IS-Hochburg Raqqa im Norden des Landes immer enger. In den letzten Wochen sind Kräfte der von syrischen Kurden dominierten Miliz SDF von Norden auf Raqqa vorgestoßen. Letzte Woche wurden die Milizionäre durch eine Artillerieeinheit der US-Marineinfanterie verstärkt, die den Angriff auf Raqqa unterstützen soll. Eine Kompanie von US-Sondereinsatzkräften wurde ebenfalls vor Ort eingesetzt um eine Pufferzone zwischen den Kräften der SDF und türkischen Truppen nordwestlich zu besetzen und damit Gefechten zwischen Kurden und Türken vorzubeugen. Von Süden her stoßen inzwischen Kräfte der syrischen Streitkräfte auf Raqqa vor, von wo sich laut Augenzeugen einzelne Kommandanten des IS bereits abgesetzt haben.

In Damaskus kamen bei einem Selbstmordanschlag am Wochenende mindestens 70 Menschen ums Leben, die meisten davon waren schiitische Pilger.

Beobachter warnen unterdessen vor der Entstehung eines neuen „Islamischen Staates“. So sollen sich Angehörige verschiedener islamistischer Rebellengruppen in die Provinz Idlib im Nordwesten Syriens zurückgezogen haben um sich dort neu zu gruppieren und die Region unter ihre Kontrolle zu bringen.

In Mossul, **Irak**, stoßen die Regierungstreitkräfte weiter vor. Die Osthälfte der Stadt befindet sich bereits vollständig unter Kontrolle der Armee, in der Westhälfte konnte der IS aus ca. einem Drittel des Gebiets vertrieben werden. Derzeit konzentrieren sich die Kämpfe auf die Altstadt, deren Einnahme aufgrund der komplexen Baustruktur langwierig werden könnte. Die irakischen Streitkräfte rechnen allerdings damit, dass der Widerstandswille der IS-Kämpfer weitgehend gebrochen ist und die Stadt nun rasch eingenommen werden kann.

Seit dem Beginn der letzten Phase der Offensive am 19. Februar sind ca. 90.000 Zivilisten aus der Stadt geflohen. Letzte Woche entdeckten die Sicherheitskräfte in Massengrab, in dem der IS hunderte Opfer verscharrt hatte. Der irakische Ministerpräsident Haidar al-Abadi kündigte am Wochenende den baldigen Sieg über den IS an und forderte irakische Flüchtlinge in Europa auf, in ihr Heimatland zurückzukehren und sich dort am wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beteiligen.

Transnationaler Terrorismus

Deutschland wurde in der letzten Woche von mehreren Vorfällen erschüttert, die zumindest teilweise einen terroristischen Hintergrund haben könnten. Am Donnerstag griff ein aus dem Kosovo stammender Mann mehrere Passanten auf dem Düsseldorfer Bahnhof an und verletzte neun von ihnen schwer. Die Polizei konnte den Täter festnehmen, er wurde als „geistig verwirrt“ beschrieben.

Am Freitag wurden fünf Atomkraftwerke in Norddeutschland kurzfristig geräumt, weil man den Funkkontakt zu einem überfliegenden Flugzeug verloren hatte. Laut Behörden handelte es sich bei der Räumung um eine planmäßige Vorsichtsmaßnahme.

Am Samstag wurde ein großes Einkaufszentrum in Essen wegen einer konkreten Terrorwarnung geräumt und abgeriegelt. Die Polizei hatte Hinweise erhalten, dass ein deutscher IS-Kämpfer den Auftrag erhalten hatte, das Ziel anzugreifen. Die Polizei verhaftete zwei Verdächtige, einer davon wurde kurz darauf freigelassen. In der Nacht von Samstag auf Sonntag war die Polizei in Offenbach, Baden-Württemberg, aufgrund einer Terrordrohung gegen eine Diskothek im Einsatz. Die Polizisten sicherten das betroffene Lokal ab und kontrollierten Fahrgäste der öffentlichen Verkehrsmittel, ein 25-jähriger Verdächtiger wurde festgenommen.

Aufgrund der zunehmenden Terrorgefahr meldete das deutsche Bundeskriminalamt letzte Woche weiteren Geld- und Personalbedarf an da mit den vorhandenen Ressourcen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr garantiert werden könne.

In St. Pölten, **Niederösterreich**, wurde gestern ein weiterer Terrorverdächtiger verhaftet.

Der Inhalt dieses Dokuments beruht auf öffentlich zugänglichen Quellen und eigenen Beurteilungen und Eindrücken. Die Beurteilung der Vorfälle erfolgt selbständig durch Maradentro. Maradentro übernimmt keine Gewähr oder Haftung für die Vollständigkeit oder Richtigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen oder Beurteilungen. Für Reisewarnungen und allfällige Ansprüche an Dritte, besonders Versicherungen, sind die Hinweise des Auswärtigen Amts (Deutschland), des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (Österreich), und des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (Schweiz) bzw. in anderen Staaten der zuständigen staatlichen Stellen maßgeblich.

Copyright © Mar Adentro 2017

IMPRESSUM: Medieninhaber: Maradentro e.U., Einsiedeleigasse 14/8, 1130 Wien, www.maradentro.at, Tel.: 06991 9072097 / Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Pisecky / Erscheinungsort: Wien / Grundlegende Richtung des Mediums: Mar Adentro bietet unabhängige Informationen zu den Themen Politik, Wirtschaft und internationale Sicherheit